Lukas Kratzsch Dr. med.

Gesundheitszustand und Zugang zur Gesundheitsversorgung für nicht versicherte Migrant*innen in Deutschland: eine qualitative Studie über die Beteiligung von Ämtern an Versorgung und Gesundheitsmonitoring

Fach/Fachrichtung: Allgemeinmedizin und Versorgungsforschung

Doktorvater: Prof. Dr. Joachim Szecsenyi

Nichtregierungsorganisationen (NGO) berichten regelmäßig über ihre Arbeit mit nicht versicherten Migrant*innen innerhalb des (sogenannten) parallelen Gesundheitssystems. Die Rolle und das Engagement der öffentlichen Behörden in diesem Bereich sind in der Forschung unterrepräsentiert. wurde eine systematische Literaturrecherche Es Gesundheitsversorgung, Gesundheitsstatus und Zugangsbarrieren zu Versorgung von unversicherten Migrant*innen in Deutschland durchgeführt, die dies bestätigt. Im Rahmen der MONITORaccess-Studie wurde die Sicht der NGOs auf ein Gesundheitsmonitoring evaluiert, um ein Instrument zur Überwachung des Gesundheitszustands und der Gesundheitsversorgung unversicherter Migrant*innen zu entwickeln. Darauf aufbauend wurde die Behördenperspektive untersucht. Es wurden 11 semistrukturierte Interviews mit 12 Expert*innen aus Gesundheits- und Sozialbehörden durchgeführt, um die Perspektive der Ämter auf die Versorgungssituation, Datenarbeit und Gesundheitsmonitoring unversicherter Migrant*innen zu erfassen. Die Expert*innen beschreiben Versorgungslücken bei Gesundheitsleistungen für unversicherte Migrant*innen und die Beobachtungen decken sich mit den berichteten Herausforderungen der Versorgung aus Studien und NGO-Berichten. Dies trifft auch auf Expert*innen aus Gesundheitsämtern zu, die überdurchschnittlich viele Versorgungsangebote für diese Zielgruppe vorhalten. Die identifizierten Versorgungslücken sind Infektionskrankheiten mit Behandlungsbedarf, Schwangerschaften und Entbindungen, ambulante Versorgung von chronischen Erkrankungen sowie kostenintensive Gesundheitsbedarfe stationäre Behandlungen, onkologische Erkrankungen und Operationen. Die Versorgungslücken sind abhängig von aufenthaltsrechtlichen Rahmenbedingungen der jeweils betroffenen Zielgruppe unversicherter Migrant*innen, den lokalen Versorgungsangeboten und zwischeninstitutionellen Vereinbarungen. Behörden organisieren in unterschiedlichem Ausmaß gemeinsam mit NGOs und Versorgern des Regelsystems Gesundheitsversorgung für unversicherte Migrant*innen. Die Angebote werden anhand der identifizierten Bedarfe und vorhandenen Ressourcen weiterentwickelt. NGOs dienen regelmäßig als "Lückenfüller" für fehlende öffentliche Angebote, und ehrenamtliche Leistungserbringer*innen sind häufig Teil institutioneller Vereinbarungen im Parallelsystem. Der Gesundheitsstatus, die Nutzung von Angeboten und Zugangsbarrieren sind nicht systematisch erfasst und die bestehende Datenlage erlaubt keine fundierte Evaluierung bestehender wie geplanter Maßnahmen. Behörden wie Gesundheitsämter und Sozialämter halten Kontaktstellen mit unversicherten Migrant*innen vor, bei denen eine Erhebung der von **MONITORaccess** durchgeführt werden könnte. Hindernisse einer Implementierung, die genannt wurden, sind auf lokaler Ebene (niedrige Akzeptanz von Datenarbeit Anlaufstellen), in den institutioneller Ebene (bestehende

Datenerhebungsinstrumente und interne Vorgaben, Datenschutz) sowie auf der zwischeninstitutionellen Ebene (unterschiedliche Erhebungsmodalitäten, Inhalte und institutionelle Vorgaben) verortet. Die Inhalte und der Umfang des MONITORaccess-Tools wurden von den Expert*innen als grundsätzlich ausreichend und praktikabel bewertet, jedoch bedürfen einige Items des Dokumentationsbogens (Aufenthaltsstatus, Aufenthaltsort, Wohnsituation) sowie praktische Aspekte der Selbstauskunft (Sprachbarriere) einer weiteren Evaluation, um auch im behördlichen Setting anwendbar zu sein. Expert*innen sehen den Nutzen des vorgeschlagenen Monitorings in der Evaluierung der Versorgungsangebote auf lokaler und regionaler Ebene sowie in der aufgrund statistischer Daten verbesserten Argumentationsbasis gegenüber politischen Akteuren.